

SACHSEN vorwärts

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES SACHSEN
AUSGABE 2 / 2020



LIEBE GENOSSINEN UND GENOSSEN,

unser Land verändert sich. Was wir in den vergangenen Wochen rund um die Ausbreitung des Coronavirus erlebt haben, ist beispielslos – und stellt uns alle vor bisher kaum vorstellbare persönliche, berufliche und gesellschaftliche Herausforderungen, die wohl so noch niemand von uns je erlebt hat. Und sie stellen uns alle auf die Probe. Das Gebot der Stunde lautet Abstand halten. Ein Gebot, dass uns wahrscheinlich noch für lange Zeit begleiten wird. Umso wichtiger ist es, dass wir uns auf unser Innerstes besinnen: die Solidarität miteinander.

Mit unserer Grundüberzeugung können wir es gemeinsam schaffen, diese schwierige Situation zu bewältigen. Was zählt, ist ein umsichtiges und entschlossenes Krisenmanagement. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen wir zu dieser Verantwortung. Wir handeln entschieden – und das auf allen politischen Ebenen. Die SPD ist die Expertin für Veränderungsmanagement in unserem Land. In stürmischen Zeiten sind die Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität genau der richtige Kompass. Und dass die Sozialdemokratie sturmerprobt ist, darauf kann sich die Gesellschaft verlassen.

In dieser Krise sind alle Teile der Gesellschaft gefordert: Politik und Behörden, Krankenhäuser und Schulen, Unternehmen und Selbständige, Alleinstehende und Familien, Kinder und Erwachsene – Alle sind vor unbeschreibliche Herausforderungen gestellt. In Krisenzeiten zeigt sich der Charakter eines Menschen, hat unser verstorbener Altkanzler Helmut Schmidt einmal gesagt. Deshalb müssen wir diese Krise annehmen. Wir müssen unsere Möglichkeiten zum Handeln nutzen, um das Beeinflussbare gut zu gestalten. Das verlangt Einsicht und Mut, Solidarität und Mitverantwortung, Pragmatismus und Nachsicht, Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung und nicht zuletzt Vertrauen – in die anderen genauso wie in uns selbst.

Solidarische Grüße! Bleibt gesund,

Henning Homann

Generalsekretär der SPD Sachsen



IM KRISENMODUS

Sturmerprobt: Wie die SPD in Sachsen die Krise managt

Die Corona-Krise stellt uns alle vor große Herausforderungen – und lässt auch die SPD in eine neue Rolle schlüpfen. Mit Regierungsverantwortung im Bund und in Sachsen ist die SPD nun damit konfrontiert, nicht nur das politische Tagesgeschäft am Laufen zu halten, sondern auch im Umgang mit dem Virus schnell den richtigen Weg zu finden.

Gesundheitsministerin Petra Köpping und Wirtschaftsminister Martin Dulig zeigen dabei in Sachsen, wie wichtig Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Schlüsselpositionen sind, um gerade in Krisenzeiten die Menschen zu unterstützen, die Hilfe am dringendsten benötigen. Außerdem hat der Sächsische Landtag in einer historischen Sondersitzung im Dresdner Congress Center die Schuldenbremse in der Verfassung ausgesetzt. Damit bringt er erstmals in der

Geschichte Sachsens einen Nachtragshaushalt auf den Weg, um einen kräftigen Schutzschirm für Arbeitsplätze, Unternehmen, das Gesundheitssystem und für ganz Sachsen zu spannen.

Aber auch in den Ortsvereinen und Kreisverbänden zeigen viele Genossinnen und Genossen, was gelebte Solidarität bedeutet, wenn es beispielsweise darum geht, die Nachbarschaft zu unterstützen, aber auch neue Ideen zu entwickeln, wie wir Parteiarbeit abseits von Präsenzsitzungen organisieren können.

Keine Frage: Diese Krise verlangt uns viel ab, aber es kommt auf uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an, diese Herausforderung verantwortungsvoll und zum Guten für die Menschen und für unser Gemeinwohl zu gestalten. Lasst uns also zusammenhalten und gemeinsam anpacken! ■

SCHRITT FÜR SCHRITT

Unzählige Fragen werfen sich gerade auf. Große Fragen nach der Leistungsfähigkeit der medizinischen Versorgung oder der Existenzsicherung von Beschäftigten und Selbständigen genauso wie vielfältige Alltagsprobleme.

All diese Fragen werden gerade beantwortet, viele Probleme gelöst. Schritt für Schritt. [...] All denen, die jetzt Kranke pflegen, Müll abfahren oder das Stromnetz am Laufen halten, all denen, die Felder bestellen, Hilfsprogramme stricken oder Kinder betreuen, und auch all denen, die jetzt zuhause arbeiten und lernen oder für die Nachbarn einkaufen gehen – all denen kann man gar nicht oft genug danken. Und klar ist: Beim Dank allein darf es nicht bleiben.

WIR UNTERSTÜTZEN DIE UNMITTELBARE BEWÄLTIGUNG

Derzeit trifft die Staatsregierung täglich viele wichtige Maßnahmen, um die unmittelbaren Folgen der Corona-Krise abzumildern, [...]. Wir Abgeordneten begleiten und unterstützen die Entscheidungen der Exekutive. Im engen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und den Ministerien und Krisenstäben auf der anderen Seite tragen wir mit dafür Sorge, dass Probleme frühzeitig erkannt und Entscheidungen mit Augenmaß getroffen und präzisiert werden.

DIE PARLAMENTARISCHE ARBEIT WIRD AUFRECHTERHALTEN

Darüber hinaus ist das Parlament in besonderer Verantwortung, jetzt die Rahmenbedingungen für gute Entscheidungen zu sichern. Zu diesem Zweck arbeiten die parlamentarischen Strukturen in angepasster Form weiter, [...].

GRUNDRECHTSEINSCHRÄNKUNGEN REGELMÄßIG ÜBERPRÜFEN

Die notwendigen Einschränkungen treffen uns alle, gerade auch im Bereich der persönlichen Freiheit. Und je länger die Maßnahmen andauern, desto mehr stellt sich die Frage, ob das wirklich alles nötig ist. Wir als Abgeordnete haben dies im Blick. [...]

EINE CHANCE FÜR VERÄNDERUNG

Wir sollten den Tatsachen ins Auge blicken: Es wird nicht wieder so wie früher. Was in den nächsten Wochen und Monaten sein wird, kann niemand seriös voraussagen. Doch eines ist sicher: Die Welt von morgen wird eine andere sein. Mehr noch: Sie muss eine andere sein! [...]

EINE GUTE BALANCE FINDEN

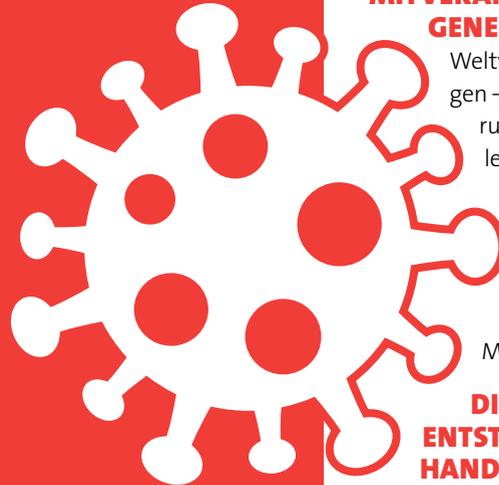
Die Corona-Krise führt uns die Kehrseite vieler Entwicklungen drastisch vor Augen: Rigide Wirtschaftlichkeit im Gesundheitssystem verursacht im Ernstfall fehlende Reservekapazitäten auf dem Rücken überarbeiteter und zum Teil schlecht bezahlter Beschäftigter. [...] Es ist kein Zufall, dass die Krisen unserer modernen Zeit [...] dieselben Forderungen offenlegen: Wir brauchen eine Wirtschaftsordnung jen-



SPD

POLITISCHE ARBEIT IN DER CORONA-KRISE

WIR ALLE SIND LERNENDE



Seit Mitte März befindet sich unser Land im Krisenmodus. Unzählige Fragen werfen sich gerade auf, viele Probleme werden gelöst. Schritt für Schritt.

Ohne Frage: Die Corona-Krise ist in ihrer Substanz und in ihrem Ausmaß einmalig. Wir können sie nicht vollständig beherrschen. Aber: Unsere Demokratie, unsere staatliche Ordnung und die ökonomische Kraft der Bundesrepublik Deutschland sind insgesamt stark genug, diese Krise zu meistern.

Die Unsicherheit darüber, welche Entwicklung diese ganze Situation nimmt, ist nicht leicht zu ertragen. Und viele Menschen beginnen sich zu fragen:

WANN WIRD ES DENN WIEDER SO WIE FRÜHER SEIN?

Wir sollten den Tatsachen ins Auge blicken: Es wird nicht wieder so wie früher. Was in den nächsten Wochen und Monaten sein wird, kann niemand seriös voraussagen.

Doch eines ist sicher: Die Welt von morgen wird eine andere sein. Mehr noch: Sie muss eine andere sein.

Wir müssen aus dieser Krise lernen. Es gilt, künftig eine gute Balance zu finden zwischen dem Globalen und dem Lokalen, zwischen den Märkten und staatlicher Regulierung, zwischen individueller Freiheit und sozialem Gemeininn.

Wir alle müssen diese Krise annehmen. Wir müssen ihre unabänderlichen Folgen akzeptieren. Und wir müssen gleichzeitig unsere Möglichkeiten zum Handeln nutzen, um das Beeinflussbare in dieser Krise gut zu gestalten.

DIE ZUKUNFT ENTSTEHT DURCH UNSERE HANDLUNGEN.

WIR ALLE SIND LERNENDE.

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat sich in diesem Sinne Leitlinien gegeben, die wir hier als Auszug veröffentlichen und die ihr vollständig unter www.spd-fraktion-sachsen.de/politik-corona nachlesen könnt.

seits des unbegrenzten Wachstums, eine Finanzordnung jenseits der Gewinnmaximierung, eine Gesellschaftsordnung jenseits des Radikalindividualismus. [...]

MITVERANTWORTUNG: DIE EIGENE AUFGABE ANNEHMEN

Weltweite Krisen, neue Ordnungen – das sind große Herausforderungen. Hier eine führende Rolle der Landespolitik zu suchen, wäre Vermessenheit und Überforderung zugleich. Und doch trägt auch der Freistaat Sachsen, tragen wir in der Landespolitik eine Mitverantwortung. [...]

DIE ZUKUNFT ENTSTEHT DURCH UNSERE HANDLUNGEN

Jenseits der kurzfristigen Bewältigung der Corona-Krise werden wir in den kommenden Monaten die im Koalitionsvertrag festgehaltenen landespolitischen Vorhaben auf ihre Aktualität überprüfen und auf gemeinsame neue Verständigungen für die Zukunft nach Corona drängen. Unsere Leitlinien sind dabei:

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und der Solidarität eine neue Bedeutung in Sachsen geben.

Wir wollen die Daseinsvorsorge und das Gemeinwohl stärken.

Wir wollen die soziale Sicherheit für die Menschen erhöhen und soziale Ungleichheit abbauen.

Wir wollen die Arbeit zum öffentlichen Wohl in- und außerhalb des öffentlichen Dienstes aufwerten.

Wir wollen die Einrichtungen des Gesundheitssystems, der Betreuung von Kindern, älteren Menschen und Hilfebedürftigen stärken.

Wir wollen die Einrichtungen für Bildung, Wissenschaft und Forschung und ihre Kooperationsnetzwerke stärken.

Wir wollen lokale und regionale Strukturen in der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Versorgung und der Selbstverwaltung stärken.

WIR ALLE SIND LERNENDE

Politik und Behörden, Krankenhäuser und Schulen, Unternehmen und Selbständige, Alleinstehende und Familien, Kinder und Erwachsene: Alle in diesem Land, alle sind vor unbeschreibliche Aufgaben gestellt. Wir alle müssen diese Krise annehmen. Wir müssen ihre unabänderlichen Folgen akzeptieren. Und wir müssen gleichzeitig unsere Möglichkeiten zum Handeln nutzen, um das Beeinflussbare in dieser Krise gut zu gestalten. Das verlangt Einsicht und Mut, Solidarität und Mitverantwortung, Pragmatismus und Nachsicht, Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung und nicht zuletzt Vertrauen – in die anderen genauso wie in uns selbst.

WIR ALLE SIND LERNENDE. LERNEN WIR GEMEINSAM.

CORONA ALS FANAL

Ein Debattenbeitrag von Frank Richter, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Die aktuell über Sachsen verhängten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen erzwingen eine seit Menschengedenken nicht vorgekommene gesellschaftliche Situation. Sie dienen dem Zweck, die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Virus-Infektion zu drosseln und das Gesundheitssystem vor einem Kollaps zu bewahren. Zugleich verursachen sie erhebliche ökonomischen Schäden. Ungezählte Unternehmen fürchten um ihre Existenz, Arbeitnehmer und Angestellte ebenso. Schon jetzt befindet sich die Wirtschaft in einer Abwärtsspirale. Wie lange sich diese drehen und wann sie ihren Tiefpunkt erreicht haben wird, ist nicht abzusehen.

Es heißt, dies sei die Stunde der Politik. Und in der Tat: Unser Staat funktioniert. Auf kommunaler, landesweiter, nationaler und europäischer Ebene werden mit großer Geschwindigkeit Hilfs- und Rettungsmaßnahmen eingeleitet. Sie sollen die wirtschaftlichen Strukturen erhalten und vor dem Ausverkauf retten. Viel spricht dafür, dass dies gelingen wird. Zugleich ist es nicht nur die Stunde der Politik. Alles, was jetzt geschieht, wird mit einer großen kulturellen Anstrengung verbunden sein. Wir stecken in einer Krise, welche die gesamte Gesellschaft erfasst. Sie betrifft weit mehr

als die Art, wie wir produzieren, handeln und konsumieren. Sie wird dazu führen, dass unsere charakterlichen und kulturellen Qualitäten sichtbar werden. Abstand halten und Zuwendung schenken, so lautet die paradoxe Forderung der Kanzlerin. Damit das gleichzeitig gelingt, ist Fantasie gefragt. Jede Idee ist willkommen, die geeignet ist, den geforderten körperlichen Abstand emotional und gedanklich auszuhalten und zu überbrücken!

Es ist verräterisch, dass die Mehrheit unserer Gesellschaft bereit ist, die aktuellen Einschränkungen der bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte widerspruchslos hinzunehmen, während sie nicht im Geringsten bereit ist, die von den Greta Thunbergs dieses Landes geforderte Veränderung ihrer Lebensgewohnheiten zu akzeptieren oder auch nur darüber nachzudenken, ob durch Konsumreduktion nicht auch ein Gewinn an Lebensqualität erzielt werden könnte.

Warum ist das so? Weil es aktuell um die eigene Haut geht, während es bei den freitäglichen Schülerdemos „nur“ um die Haut der kommenden Generation geht? Ich provoziere, weil ich befürchte, dass wir zur Tagesordnung übergehen werden, wenn der letzte Corona-Erkrankte gestorben und der letzte Corona-Überlebende immunisiert sein wird, weil ich befürchte, dass wir danach weitermachen werden wie bisher und dass wir es möglicherweise noch gedankenloser, hemmungsloser und rücksichtsloser tun werden. Wir werden die Erschütterung unserer Lebensgewohnheiten so schnell wie möglich vergessen. Wir werden das gefährdete Wachstumsziel der deutschen Wirtschaft über die Ziellinie retten und danach zusammenbrechen. Wir werden endlich wieder weniger Zeit haben füreinander, für die Großeltern, Kinder und Enkel. Und wir werden keinen einzigen Gedanken auf die Frage verschwenden, wie wir unsere politische und ökonomische Ordnung befreien können aus der Zwangsjacke eines immerwährenden Wachstumswahns.

Die Ausbreitung des Corona-Virus und die von ihr verursachte Infektions- und Atemwegserkrankung COVID-19 wird von Wissenschaftlern als

Pandemie eingestuft. Dies bedeutet, dass der ganze Globus betroffen ist. Ist „Pandemie“ also nur ein anderes Wort für „Globalisierung“, wie es Pessimisten und Nationalisten behaupten? Natürlich nicht. Die Globalisierung ist in vielerlei Hinsicht ein Segen. Sie hat es möglich gemacht, dass wir die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft, die effizientesten Technologien, die besten Ideen vom Aufbau einer humanen Gesellschaft und die Prinzipien der Demokratie weltweit miteinander teilen können. Zugleich allerdings kann sie zum Fluch pervertieren, wenn sie als Chiffre für eine maß- und grenzenlose Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen und als Alibi für den hemmungslosen Egoismus der Völker und Staaten missbraucht wird. So, wie sich jeder Einzelne in den Zeiten von Corona um eine Kultur des Abstands und der Zuwendung mühen muss, müsste die Menschheit eine Kultur des Respekts, der Selbstbeschränkung und der Solidarität entwickeln. Corona ist ein Fanal. Wenn wir es jetzt nicht begreifen, wann dann?

ZUM WEITERLESEN

Bei diesem Text handelt es sich um eine gekürzte Version aus der Erstveröffentlichung in der Freien Presse. Zum vollständigen Text: www.f-richter.de



OBERBÜRGERMEISTERWAHL: LEIPZIG BLEIBT ROT!

Burkhard Jung darf noch ein drittes Mal ran: Im zweiten Wahlgang um das Amt des Leipziger Oberbürgermeisters setzte er sich erneut gegen seine Kontrahenten durch – darunter auch Sachsen Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow von der CDU.

Der sozialdemokratische Amtsinhaber hat im zweiten Wahlgang knapp mit 49,1 Prozent vor dem CDU-Bewerber gesiegt. Gemkow lag mit 47,6 Prozent hinter Burkhard Jung, es folgte Ute Elisabeth Gabelmann mit 3,3 Prozent. Die Kandidatinnen von Grünen und Linken waren im zweiten Wahlgang nicht mehr angetreten, um Jung zu unterstützen.

„Völlig unabhängig vom Wahlergebnis möchten wir Danke sagen. Danke für eine lange Zeit voller Anstrengung, Aufregung, Freude, Wut, Erfahrungen, Verletzungen, Herausforderungen, Klarheit und dem Geschenk, dass wir viele Menschen haben, die mitgefiebert und uns Zuspruch gegeben haben“, erklärte Jung am Wahlabend.

Jung betonte im Wahlkampf vor allem das weltweite und vielfältige Leipzig – und darf nun die größte Stadt Sachsens, mit Vorhaben wie einem 365-Euro Ticket für den ÖPNV oder 40 neuen Schulen, für weitere sieben Jahre gestalten. Vorwärts oder Rückwärts? Progressivität oder Konservatismus? – so lässt sich die Wahl wohl am besten beschreiben und die Leipzigerinnen und Leipziger haben sich entschieden. Wir wünschen dem alten und neuen Amtsinhaber viel Erfolg dabei, die Leipziger Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben! ■

MATTHIAS ECKE EUROPA- BEAUFTRAGTER DER SPD SACHSEN

2020 ist ein Europäisches Jahr für Deutschland und für Sachsen. Mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die Bundesrepublik im Zweiten Halbjahr wird die Europapolitik noch stärker in den politischen Alltag rücken. Zum einen braucht es dringend eine gemeinsame Antwort auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise. Aber auch viele andere entscheidende Themen wie die Klima- oder Migrationspolitik können nur europäisch gelöst werden.

Um den gestiegenen Anforderungen der Kommunikation und des Austausches europapolitischer Themen auch im Landesverband Sachsen weiter voran zu bringen, hat der Landesvorstand auf seiner Klausurtagung in Burgstädt beschlossen, erstmals in der Geschichte der SPD Sachsen einen Europabeauftragten als beratendes Mitglied des Landesvorstands zu berufen.

Diese Aufgabe wird in Zukunft Matthias Ecke wahrnehmen. Er soll den Landesvorstand in europapolitischen Fragen beraten und den Ausbau europapolitischer Strukturen in den Gliederungen der SPD Sachsen unterstützen.

Als Dresdner Kandidat für die Europawahl 2019, Delegierter der SPD Sachsen für den SPE-Kongress und Sprecher des Europa-Arbeitskreises der SPD Dresden hat Matthias einiges an europapolitischer Erfahrung in der SPD aufzuweisen. In seiner Zeit als Juso-Bundesvize hat er europaweite Bündnisse gegen Jugendarbeitslosigkeit organisiert.

Matthias Ecke: „Ich freue mich, in Zukunft die Vernetzung der Europapolitik innerhalb der SPD Sachsen weiter voranzubringen zu können. Wir brauchen eine lebendige Debatte über Europa in der SPD Sachsen. Ich möchte auch Ansprechpartner für die Mitglieder sein und Europapolitik vor Ort diskutieren.“ ■

„KEINEN MILLIMETER NACH RECHTS!“ – KLAUSUR- TAGUNG DES LANDESVORSTAND DER SPD SACHSEN



Am 28. und 29. Februar fand im mittelsächsischen Burgstädt die traditionelle Jahresauftakt-Klausur des Landesvorstand der SPD Sachsen statt. Neben der strategischen, standen inhaltliche Weichenstellungen für das neue Jahrzehnt auf der Tagesordnung der umfangreichen Klausur der Landesspitze der SPD Sachsen. Im Kern stand dabei die Verabschiedung eines sieben Punkte umfassenden Papiers grundsätzlicher Positionen im Kampf gegen Rechts. „Wir weichen keinen Millimeter nach rechts“, so SPD-Generalsekretär Henning Homann zu dem Beschluss. „Wir müssen und werden gegen den rechten Terror und seine Unterstützer auch in Sachsen vorgehen – und das noch konsequenter als bisher. Eine andere Lehre kann man aus dem Terror des NSU, dem Mord an Walter Lübcke, den Anschlägen in Halle und Hanau nicht ziehen. Im Umkehrschluss bedeutet das, mehr als bisher all jenen den Rücken zu stärken, die sich für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land einsetzen. Wir werden sie schützen – und das nicht nur mit Worten, sondern mit konkreten Taten. Deshalb haben wir einen ganzen Katalog von Maßnahmen erarbeitet, die Schritt für Schritt praktisch umgesetzt werden können, durch Anträge und Beschlüsse im Landtag, durch Gesetzesänderungen im Bund und auch durch das tägliche Handeln der Sachsen selbst. Mit dem Landesprogramm ‚Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz‘, das wir ausbauen wollen, haben wir bereits ein gutes Instrument in der Hand.“

Zu den Forderungen der SPD gehören:

- Erarbeitung eines Sächsischen Demokratiefördergesetzes, um Projekte und Initiativen dauerhaft, strukturell, altersunabhängig, bedarfsorientiert, nachhaltig und flächendeckend zu fördern;
- Waffengesetze verschärfen, Mitglieder rechtsextremer Netzwerke entwaffnen, schärfere Kontrollen durch kommunale Sicherheitsbehörden, dafür mehr Geld für die zuständigen Behörden;
- engagierte Bürger schützen, gezielte Gefährderansprachen, zentrale Anlaufstelle für Opfer von Bedrohungen, mehr Personal für Justiz, Verfassungsschutz und Polizei zur Bekämpfung der extremen Rechten, von Rassismus und Hasskriminalität im Internet, Betroffene von Bedrohungen, Beleidigungen und Nachstellungen sollen sich leichter eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen lassen können;
- demokratische Bildung als verpflichtender Bestandteil der Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten und der Führungskräfte in der Verwaltung;
- Laufbahnverordnung bei der Polizei Sachsen nach dem Vorbild des Bundeskriminalamtes so anpassen, dass verstärkt IT-Experten als Cybercops in den Landesdienst geholt werden können.

Homann: „Nicht von ungefähr haben wir formuliert, dass wir den Zusammenhalt in unserem Land stärken und dem Begriff Solidarität wieder eine Rolle in Sachsen geben müssen. Wir möchten, dass sich Bürgerinnen und Bürger wieder stärker in die Politik einbringen. Und dazu gehört für uns als SPD auch, dass wir nicht locken lassen im Bemühen um weitere Reformen des Sozialstaates.“

+++ WICHTIGER HINWEIS +++ CORONA-KRISE +++

- Aufgrund der aktuellen Lage und der Allgemeinerfügung der Sächsischen Staatsregierung finden bis auf Weiteres keine öffentlichen Veranstaltungen im SPD-Landesverband statt. Über Änderungen informieren wir Euch wöchentlich per Mail im Newsletter der SPD Sachsen. www.spd-sachsen.de/newsletter
- Aktuelle Informationen in der Corona-Krise findet ihr laufend aktualisiert unter: www.spd.de/corona
Aktuelle Informationen der Sächsischen Staatsregierung findet ihr hier: www.coronavirus.sachsen.de
- **In eigener Sache:** Mit Bedauern müssen wir Euch leider mitteilen, dass der geplante Festakt "30 Jahre SPD Sachsen" aufgrund der momentanen Lage rund um den Corona-Virus nicht wie geplant am 26. Mai in Dresden stattfinden kann. Der feierliche Festakt mit einem Tag der offenen Tür im Herbert-Wehner-Haus in Dresden wird selbstverständlich nachgeholt, sobald die Situation dies erlaubt. Über den neuen Termin und weitere Informationen werden wir Euch zu gegebener Zeit informieren.

JAN FREUNDORFER NEUER VOR- SITZENDER DER ASJ SACHSEN

Am Dienstag, den 10. März trafen sich in der Leipziger Denkbar die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ Sachsen), um auf ihrer ordentlichen Landeskonferenz einen neuen Vorstand zu wählen. Der Leipziger Jan Freundorfer wurde als neuer Vorsitzender gewählt. Ihm zur Seite stehen die Stellvertreter Harald Baumann-Hasske (Dresden) und Friedrich Kühn (Leipzig). Komplettiert wird der neue Vorstand durch die sechs Beisitzerinnen und Beisitzer: Arnold Arpac, Christa Didens, Nora Düwell, Christina März, Julia Kneisel und Andreas Ueberbach.

Wir wünschen dem neuen Vorstand viel Erfolg bei den anstehenden Aufgaben!

IRENA RUDOLPH-KOKOT BLEIBT VORSITZENDE AFA SACHSEN

Am Samstag, den 7. März traf sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Sachsen (Afa Sachsen) im Technologie- u. Gründerzentrum Bautzen zu ihrer ordentlichen Landeskonferenz. Neue und alte Vorsitzende ist die Leipzigerin Irena Rudolph-Kokot (ver.di). Als Stellvertreterinnen wurden die Kamenzerin Kathrin Michel (IG BCE) und Henning Homann (ver.di) aus Döbeln gewählt. Komplettiert wird der Vorstand mit den Beisitzerinnen und Beisitzer Jadranka Češljarevic, Victor Weiler, Bernd Bahr, Fabian Lytkos, Nicole Scheibe, Julia Neumann, Karin Luttmann, Thomas Kuhne, Petra Pfeiffer, Mandy Göhler und Leon Drahonovsky.

Wir wünschen dem neuen Vorstand viel Erfolg bei den anstehenden Aufgaben!



OB-WAHL IN CHEMNITZ: SCHULZE KANDIDIERT

Auch nach dem Wahlsieg in Leipzig bleibt es spannend in der SPD Sachsen, denn in Chemnitz wird ebenfalls ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Die ursprünglich für den 14. Juni geplante Wahl wird jedoch aufgrund der Corona-Pandemie in den Herbst verschoben, der Termin wird noch nach Beschluss des Stadtrates bekannt gegeben.

Für die SPD geht der 48-jährige Sven Schulze ins Rennen, der bereits seit 2015 Finanz- und Personalbürgermeister sowie Stadtkämmerer der Stadt Chemnitz ist. Schulze stellt von Anfang an klar, dass er Oberbürgermeister für alle Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt sein möchte. Auf Augenhöhe möchte er für einen stärkeren Zusammenhalt in Chemnitz und ein neues Miteinander in der Stadtgesellschaft kämpfen. Aber auch die Wirtschaft zur Chefsache zu erklären, die Universität zu stärken oder Chemnitz als Sportstadt weiterzuentwickeln sind Themen, die Schulze antreiben.

Wir wünschen Sven Schulze viel Erfolg dabei und jede Menge Durchhaltevermögen im Kampf um den Chefessl in Chemnitz!

IMPRESSUM

Informationen der SPD Sachsen
Devrientstraße 7, 01067 Dresden
Redaktion: Julian Hoffmann, Lukas Ott
Satz/Layout/Bilder: Julian Hoffmann
V.i.S.d.P.: Jens Wittig, Tel.: 0351/433 560
E-Mail: lv-sachsen@spd.de
Redaktionsschluss: 9. April 2020